

Rechtsextreme Einsame Wölfe

Das Bundeskriminalamt (BKA) warnt in einer internen Lageanalyse vor der Gefahr durch Einzeltäter, die Anschläge auf Flüchtlingsheime verüben. Bei solchen Tätern, die sich mitunter im Internet radikalisiert haben, stünden den Sicherheitsbehörden „kaum Erfolg versprechende Ermittlungs- und Präventionsansätze zur Verfügung“. Von 418 namentlich bekannten Tatverdächtigen, die im vergangenen Jahr Straftaten gegen Flüchtlinge oder Asylunterkünfte begangen haben sollen, war nur ein

Fünftel dem Staatsschutz als Rechtsextreme bekannt. Drei waren als „Gefährder“ eingestuft. Einen Großteil hatten weder Polizei noch Verfassungsschutz auf dem Schirm. Die Verdächtigen waren vorwiegend Männer zwischen 18 und 30 Jahren, meist schritten sie nachts am Wochenende zur Tat. Zwar seien die Übergriffe auf Asylunterkünfte in den ersten drei Monaten des Jahres 2017 zurückgegangen, schreibt das BKA, doch sei damit zu rechnen, dass sich vor der Bundestagswahl die Anti-Asyl-Agitation der rechten Szene wieder verschärfe und weitere Straftaten drohten. wow

Asylbewerber Schneller abschieben

Um die Zahl der Rückführungen zu steigern, sucht die Bundesregierung dringend Beamte, die in den Ländern aushelfen und Verfahren bearbeiten. In diesem Jahr wird die Zahl der ausreisepflichtigen Asylbewerber laut Bun-

desinnenministerium auf rund 485 000 steigen. Gebraucht werden rund 420 Beamte des mittleren und gehobenen Dienstes, die für 6 bis 15 Monate freiwillig die Länder unterstützen, um „im Bereich der Rückkehr zu sichtbaren Ergebnissen zu kommen“, wie es in einem Aufruf des Bundesinnenministeriums heißt. Vorkenntnisse im Asyl- und Ausländerrecht seien nicht erforderlich; die Einarbeitung erfolge „vor Ort durch die Ausländerbehörden“. Bei einem Treffen im Februar hatten die Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin vereinbart, die Rückführungsquote zu erhöhen. auf



Busse für Sammelabschiebung

Zeitgeschichte Spionage für die CDU

Die Verbindungen zwischen dem Bundesnachrichtendienst (BND) und der Bonner Politik in den Sechzigerjahren waren enger als bislang bekannt. Wie der ehemalige CDU-Funktionär Jürgen Wahl berichtet, standen Informationen des BND über SPD-Interna der gesamten CDU-Führung „zur Verfügung“ – und nicht nur Konrad Adenauer, dem CDU-Chef und Kanzler. Der SPIE-

GEL hat kürzlich enthüllt, dass Adenauer persönlich den BND beauftragt hatte, Adenauers SPD-Rivalen Willy Brandt zu bespitzeln (15/2017). Auch über andere Sozialdemokraten sammelte



De Gaulle, Heck, Brandt 1968

Schnelles Internet Irreführende Werbung

Telekommunikationsanbieter werben gern mit Highspeed-Geschwindigkeiten im Festnetz und im mobilen Internet – die oft gar nicht erreicht werden, etwa weil die eingesetzte Übertragungstechnik das nicht hergibt. Solch irreführende Reklame soll nun verboten werden, fordert der nordrhein-westfälische Justiz-

minister Thomas Kutschat (SPD): „Hier müssen wir als Gesetzgeber dafür sorgen, dass nicht mit etwas geworben werden darf, das es gar nicht gibt.“ Kunden hätten zwar die Möglichkeit, bei mangelhafter Leistung die Verträge zu kündigen, das sei aber sehr kompliziert und aufwendig. Kutschat will das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Justizministerkonferenz im Juni setzen lassen. bas

Präsidentenwahl in Frankreich Macron-Hochburg Deutschland

Ginge es nach den in Deutschland lebenden Franzosen, hätte sich der sozialliberale Emmanuel Macron schon im ersten Wahlgang mit der absoluten Mehrheit die Präsidentschaft gesichert. Von den 85 000 wahlberechtigten Franzosen im Land gaben knapp 43 000 ihre Stimme in den Wahllokalen ab. 55,9 Prozent votierten für Macron, den Kandidaten der Bewegung „En Marche!“. Seine Rivalin, die Rechtspopulistin Marine Le Pen, kam hingegen gerade mal auf 3,4 Prozent. mbr



GETTY IMAGES